No. 217. — 57. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Dienstag, 11. Mai 1909

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4
Das fette Ueberschriftswort . . . 10

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt I, Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Nykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 64b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Morgen - Ausgabe

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Prügelknaben.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß Bülow mit allen Mitteln eine gewaltsame Lösung der gegenwärtigen inneren Krise zu vermeiden sucht und den zahlreichen Kompromissen, die uns die Finanzreform schon beschert hat, ein neues hinzuzufügen bemüht ist. Zwar haben ihm ein paar Freisinnige den dringenden Rat gegeben, den Reichstag aufzulösen, aber es läßt sich verstehen, daß der Kanzler einem solchen Schritt sehr wenig geneigt ist. Wie sollte die Regierung den Kampf führen, der sich gleichzeitig gegen Zentrum, Konservative und Sozialdemokratie richten müßte. Auflösen könnte ein Kanzler, der entschlossen wäre, ein ganz neues Reformprojekt aufzustellen, eins, das an den Platz der jetzt vorgeschlagenen Konsumabgaben wenigstens zum Teil direkte Reichssteuern setzte, das gleichzeitig mit der Abtragung der Lebensmittelzölle Ernst machte, Garantien für eine sparsame Wirtschaft böte und endlich den Zusammenhang zwischen der Gewährung von Volksrechten und der Auferlegung neuer Steuern herstellte.

Da aber der Regierung solche Pläne natürlich durchaus fernliegen, und da zudem die liberalen Parteien nichts getan haben, um Plänen dieser Art einen Boden im Volke zu bereiten, bleibt nichts anderes übrig, als sich aufs neue auf die Suche nach einer der berühmten Bülowschen „mittleren Linien" zu machen.

Bis die gefunden ist, wird man sich hüten, die Sache wieder ins Plenum zu bringen, und wenn der Abgeordnete Dr. Potthoff dieser Tage der Meinung Ausdruck gab, seine freisinnigen Freunde würden Sorge tragen, daß der Fortwurstelei durch eine Entscheidung im Plenum möglichst bald ein Ende gemacht werde, so hat er sich wohl durch die mutig klingenden Aufrufe der beiden freisinnigen Parteien irreführen lassen. In Wirklichkeit wünschen die ja auch nicht die Reichstagsauflösung, die doch am Ende folgen müßte, wenn jetzt die Mehrheit des Parlaments die Erbanfallsteuer ablehnte; denn trotz der Regierungsunterstützung, auf die sie in dem bescheidenen Umfang, den die Landräte gestatteten, rechnen könnten, wäre ihre Situation recht unglücklich. Mit der Konstatierung der Tatsachen, daß sie sich von den Konservativen nur in dem Wunsche unterschieden, von den fünfhundert Millionen neuer Steuern fünfzig oder auch hundert Millionen auf dem direkten Wege aufzubringen, würden sie wohl keine besonderen Geschäfte machen können. Da ständen Konservative und Zentrum auf der einen Seite und Demokraten und Sozialdemokraten mit einer wesentlich klareren Wahlparole doch ganz anders da.

Deshalb sind sich die Blockliberalen mit der Regierung durchaus darin einig, daß keine gewaltsame Lösung herbeigeführt werden darf, und daß eine Entscheidung vermieden werden muß, bis neue Brücken geschlagen sind. Sie hätten es ja in der Hand gehabt, die Katastrophe, von der sie sich angeblich so viel versprechen, zu erzwingen. Freisinnige und Nationalliberale brauchten nur ihre Arbeit in der Kommission einzustellen, dann war die Maschine lahmgelegt, und das Plenum mußte in Aktion treten. Aber sie haben sich wohl gehütet, auf die „positive Mitarbeit" zu verzichten.

Wie das neue Kompromiß aussehen wird, darüber gibt's bislang natürlich nur Vermutungen. Gewiß ist, daß man den Liberalen neue Konzessionen abverlangen wird. Wer es bezweifelt, der braucht nur zu beachten, wie man mit ihnen umspringt. Daß die konservativen Organe heftige Attacken gegen sie unternehmen, mag dahingehen. Außerordentlich bezeichnend aber ist, daß der Offiziosus, der allwöchentlich in den „Grenzboten" die Lage beleuchtet, im gegenwärtigen Moment nichts besseres zu tun weiß, als den Liberalen die Leviten zu lesen. Man sollte meinen, die Regierungsschreiber hätten allen Anlaß, der Rechten zu Leibe zu gehen, aber nein: die kommt mit einem leisen Tadel weg, dann aber, nachdem man die bösen Gegner des Kanzlers von der Kamarilla bis zur Demokratischen Vereinigung hat Revue passieren lassen, heißt es:

„Die Liberalen haben die Zeit ihrer Mitarbeit an der Blockpolitik nicht genügend ausgenutzt, um durch einen vor aller Welt abzulegenden Befähigungsnachweis für praktische, fruchtbare Politik ihre Zukunft in den für liberale Ideen empfänglichen Volkskreisen fest zu gründen. . . . . Sie sind bei der ersten großen Aufgabe . . . wieder ganz in die alte Unfruchtbarkeit und den unfähigen Doktrinarismus zurückgefallen. Sie haben einen Anlauf genommen, indem sie die Erhöhung der Verbrauchssteuern im Prinzip zugestanden, und sind dann bei der Arbeit unter den Bedenken, die sie aus den Zeiten der öden Prinzipienreiterei mit sich herumschleppen, kläglich zusammengebrochen."

So mußte es kommen! Vor ein paar Wochen schalten die Bülowschen Offiziösen auf den Reichstag, weil er zu langsam arbeite. Jetzt, nachdem die Konservativen gezeigt haben, daß sie sich nicht beißen lassen, weiß man keinen anderen Ausweg aus der Bredouille, als daß man über die Liberalen herzieht. Ihnen soll klar gemacht werden, daß sie als „Staatsmänner" erst gewertet werden können, wenn sie immer noch mehr von den „öden Prinzipien" über Bord werfen! Sie sollen beim Branntwein Entgegenkommen beweisen, weil angenommen wird, daß dann die Konservativen vielleicht irgendein Zugeständnis bei der direkten Steuer machen, von der die Regierung nicht gut zurück kann. Oder sie sollen sich auch bereit erklären, irgendein miserables Surrogat schließlich als einen vollwertigen Ersatz der Nachlaßsteuer anzuerkennen. Man weiß, was man den Liberalen bieten kann, nachdem sie sich einmal die günstige Gelegenheit, sich bei der Finanzreform eine Position zu machen, aus moralischen Bedenken haben entgehen lassen. Bleiben sie fest, so würde ja auch das Zentrum wieder seinen Einzug halten, und wir haben ja eben erst wieder bei der Beratung des Kultusetats in Preußen gesehen, wie sehr — wer lacht da? — der Klerikalismus „ausgeschaltet" ist und die Geistesfreiheit triumphiert!!

Regierung und Abgeordnetenhaus.

Der schneidige Geheimrat.

Im Abgeordnetenhause, das gestern endlich die zweite Lesung des Etats beendet hat, kam es bei dieser Gelegenheit zu einem heftigen Zusammenstoß der überwiegenden Mehrheit des Hauses — nur ein Teil der Konservativen unter der Führung des Abgeordneten v. Erffa sonderte sich ab — mit der Regierung. Den Anlaß dazu gab ein beim Etat des Abgeordnetenhauses von allen bürgerlichen Parteien gestellter Antrag, der für die Mitglieder des Hauses freie Eisenbahnfahrt während der Dauer der Session zwischen Berlin und ihrem Wohnort und Wahlkreise fordert. Der Antrag ist nicht neu, und ebenso bekannt ist es, daß die Regierung den Antrag bekämpft, am heftigsten geschieht dies seitens des Finanzministers v. Rheinbaben, der gegenwärtig als der eigentliche Leiter des preußischen Staatsministeriums zu betrachten ist.

Die Minister befolgten gestern die — von Herrn v. Rheinbaben ausgegebene? — Parole, nicht an der Besprechung des Antrages teilzunehmen, sondern hinter den Türen des Sitzungssaales deren Beendigung abzuwarten. Mit der Vertretung des Ministeriums hatte man den im Abgeordnetenhause höchst unbeliebten Geheimrat v. Falkenhayn aus dem Ministerium des Innern, den „Erfinder" des bekannten St.-Nimmerleinstages, betraut. Hatte schon das Nichterscheinen der Minister die Abgeordneten verstimmt, die dieses Verhalten mit Recht als eine Nichtachtung auffaßten, so goß das provokatorische Auftreten des schneidigen Herrn v. Falkenhayn Oel ins Feuer, und die Stimmung im Hause wurde sehr lebhaft, als der Landwirtschaftsminister v. Arnim sich in den Sitzungssaal verirrte und unter dem homerischen Gelächter der Abgeordneten schleunigst retirierte.

Herr v. Falkenhayn ist anscheinend ein grundsätzlicher Feind des Parlamentarismus, selbst in der „gemilderten" Form, die das preußische Abgeordnetenhaus darstellt. Nur so erklärt sich die Art seines Auftretens, die ein Gemisch aus Hohn und Brüskierung war. Als dieser Herr seine stärkste Leistung produzierte, indem er sich als Hüter des Ansehens des Hauses gegenüber den Abgeordneten aufwarf, da wiesen ihn die Abgeordneten Dr. Arendt (freikonservativ) und Dr. Pachnicke (freisinnige Vereinigung) mit größter Deutlichkeit in die ihm gebührenden Schranken zurück und machten ihm klar, daß das Haus selbst in der Lage sei, sein Ansehen zu wahren. Der Antrag auf freie Eisenbahnfahrt wurde fast einstimmig angenommen und dann die zweite Lesung des Etats beendet.

Nun tauchten auch erleichterten Herzens zwei Minister auf, und man erledigte schnell den Gesetzentwurf über das hannoversche Höferecht in erster Beratung. Dann begann noch die dritte Lesung des Etats, die heute weiter geführt werden soll.

Wann wird in Berlin gewählt?

Aus dem Abgeordnetenhause wird uns geschrieben:

Die Frage, wann die vier beanstandeten Berliner Wahlen das Plenum des Abgeordnetenhauses beschäftigen werden, ist noch nicht entschieden. Im allgemeinen pflegt zwischen den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission und der Beratung des Plenums über die beanstandeten Wahlen geraume Zeit zu verstreichen. So sind zum Beispiel die Wahlen der beiden Nationalliberalen Abgeordneten vom Rath und Hausmann schon vor drei Monaten in der Kommission für ungültig erklärt worden, ohne daß das Plenum bisher Zeit hatte, sich mit diesen Wahlen zu beschäftigen. Auch über das Mandat des nationalliberalen Abgeordneten Wendtland wurde eine definitive Entscheidung noch nicht gefällt, da die Angelegenheit in die Kommission zurückverwiesen wurde. Man kann daher wohl annehmen, daß das Plenum über diese sieben von der Kommission für ungültig erklärten Mandate gemeinsam beraten und beschließen wird. Wann das der Fall sein wird, ist jedoch noch vollständig ungewiß.

Allerhand Märchen

über Pläne der deutschen Diplomatie und des Deutschen Kaisers werden von der „Agence Havas", der halbamtlichen französischen Depeschenagentur, verbreitet. Diese läßt sich aus Petersburg melden:

Der von der reaktionären Bureaukratie gegen den russischen Ministerpräsidenten Stolypin geführte Feldzug sei von der deutschen Diplomatie veranlaßt worden, die Herrn Stolypin als den Förderer der deutschfeindlichen Politik ansieht. Bisher habe dieser Feldzug keinen Erfolg gehabt. Die Leiter dieses Feldzuges suchen den Kaiser Wilhelm zu bewegen, vor der Abreise des Zaren nach dem Mittelmeer sich nach Petersburg zu begeben, um die Wiederherstellung des früheren deutschen Uebergewichts herbeizuführen.

In einer deutsch-offiziösen Mitteilung der „Köln. Ztg." werden diese Behauptungen auf das entschiedenste dementiert. Im Anschluß hieran teilt die „Köln. Ztg." mit, daß nach Mitteilungen von maßgebender Seite eine Reise des Deutschen Kaisers nach Petersburg zurzeit nicht in Betracht kommt.

Der höfliche Kriegsminister.

Nach einer Verfügung des Kriegsministers wird in Zukunft auf den Adressen der dienstlichen Schriftstücke, die den Reservisten zugestellt werden, die Bezeichnung „Herr" vor den Namen des Adressaten gesetzt werden. Der Inhalt der Schriftstücke wird durch die Verfügung nicht berührt. Die Erfüllung dieser Form ist etwas Selbstverständliches, und man kann sich nur wundern, daß sie erst jetzt erfolgt ist.

Das deutsche Kaiserpaar in Malta.

Wie bereits berichtet wurde, ist das deutsche Kaiserpaar mit der Yacht „Hohenzollern" gestern vormittag auf der Rückreise von Korfu in Malta eingetroffen. Bei der Ankunft schossen die Forts und die englischen Kriegsschiffe Salut. Der Kaiser empfing an Bord die Meldung der Spitzen der englischen Behörden und des deutschen Konsuls. Um 12 Uhr empfing das Kaiserpaar den Besuch des Herzogs und der Herzogin von Connaught und der Prinzessin Patricia. Um 1 Uhr gingen der Kaiser und die Kaiserin an Land und begaben sich in Automobilen zum Palast des Herzogs. Die Garnison bildete Spalier. Vor dem Palast hatten sich die Spitzen der Behörden und der Erzbischof aufgestellt. Es folgte eine Frühstückstafel bei dem Herzog und der Herzogin.

Kleinhandelsausschüsse.

Die Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses hat ihren Bericht über die Beratung des Antrages über die Bildung von Kleinhandelsausschüssen bei den Handelskammern erstattet. Die Kommission beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, um dem Kleinhandel eine seiner Bedeutung und Zahl entsprechende Vertretung seiner Interessen zu ermöglichen, „unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse" des Handelskammerbezirkes und der Zusammensetzung der Handelskammern tunlichst auf Einrichtung von Kleinhandelsausschüssen, die an die Handelskammern anzugliedern sind, hinzuwirken.

Die „Reinigung" unter den Bauunternehmern.

Mit der Reinigung des Standes der Bauunternehmer von ungeeigneten Elementen befaßt sich ein jüngst ergangener Erlaß der preußischen Ressortminister, in dem auf die Handhaben hingewiesen wird, die in dieser Beziehung das Reichsgesetz vom 7. Januar 1907 bietet. Im Interesse der Sicherheit des Publikums und namentlich auch des Schutzes der auf den Bauten beschäftigten Arbeiter ist den beteiligten Behörden zur besonderen Pflicht gemacht worden, in allen dazu geeigneten Fällen auf Grund jenes Gesetzes gegen unzuverlässige Unternehmer und Bauleiter einzuschreiten.

Schücking Reichstagskandidat.

Der Liberale Verein in Landsberg a. W. hat sich an den bekannten früheren Bürgermeister Dr. Lothar Schücking, der jetzt in Dortmund die Rechtsanwaltschaft ausübt, mit der Anfrage gewandt, ob er eventuell eine Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Landsberg-Soldin annehmen würde. Dr. Schücking hat sich im Prinzip zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt. Da er an Bronchialkatarrh leidet und seine Stimme schonen muß, würde der „Neumärk. Ztg." zufolge für den Fall, daß sehr bald eine Wahl stattzufinden hätte und eine umfangreiche Agitation nötig wäre, sein Bruder, der Marburger Professor Schücking für ihn eintreten. Der Wahlkreis Soldin, der sich seit 1903 in konservativem Besitze befindet, war in der Zeit von 1890 bis 1903 durch Freisinnige, zuletzt (1898 bis 1903) durch Karl Schrader, im Reichstage vertreten. Bei der letzten Reichstagswahl wurde der Konservative Böning im ersten Wahlgange mit 13,828 Stimmen gewählt gegen 6176, die auf den freisinnigen, und 6472, die auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfielen.

Die Kaufleute und die „Ritter".

Auch die mecklenburgische Kaufmannschaft sieht sich in dem „zeitgemäßen" (?) Verfassungsentwurf viel zu kurz weggekommen. Es sind daher 22 Handelsvereine beim Großherzog von Mecklenburg-Schwerin wegen einer Aenderung der Vorlage vorstellig geworden. Sie beklagen sich, so wird uns aus Mecklenburg berichtet, darüber, daß dem gesamten Handelsstande in seiner Handelskammer auf dem neuen Landtage nur eine einzige Stimme zugedacht werden soll, trotzdem die Handelszweige 17 Prozent der Steuerleistungen aufzubringen hätten. Dies Mißverhältnis falle um so kräftiger in die Augen, als den Rittern, obschon sie nur das Doppelte an Steuern leisteten, 22 Stimmen eingeräumt worden wären. Sodann sei bei der neuen Verfassung die geheime Abstimmung notwendig. — Man kann es den Kaufleuten nicht verdenken, wenn sie sich durch die geheime Abstimmung vor dem Terrorismus und dem Boykott der Junker schützen wollen! Die öffentliche Abstimmung ist nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eine unmoralische Einrichtung. In Preußen wie überall.

Die Tragödie eines Abgeordneten.

Aus Oldenburg wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Der Abgeordnete Harms-Etzhorn hat sich am Sonnabend erhängt. Er war erst bei der vorjährigen Wahl zum Abgeordneten gewählt, war Schriftführer des Landtages und stand im 39. Lebensjahre. Kurz vor dem Schlusse des letzten Landtages brachte der Abgeordnete Oberbürgermeister Tappenbeck-Oldenburg einen Antrag ein, sämtlichen Beamten, Volksschullehrern und Gendarmen des Landes für das Jahr 1909 einen Gehaltszuschlag von 6 vom Hundert zu bewilligen. Der Abgeordnete Harms hatte diesen Antrag mit unterzeichnet. Als dieser nun am folgenden Tage im Landtag angenommen wurde, befand sich Harms unter den Abgeordneten, die dagegen stimmten. Diese Abstimmung erregte allgemeines Aufsehen, und es kam Harms wohl allerlei darüber zu Ohren. Es entstand nun in ihm der Wahn, daß er seinen Eid als Abgeordneter verletzt (!), sich einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe und deshalb zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden könne. Seine Angehörigen, Freunde, der Präsident des Landtages, die hinzugezogenen Aerzte versuchten alles nur Erdenkliche, um ihm seine Sorgen zu verscheuchen, jedoch umsonst. Es kommt hinzu, daß er bei der Wahl des Gemeindevorstehers seiner Heimatgemeinde Ohmstede, bei der er mit dem Sohne des jetzigen Gemeindevorstehers Hanken